

Pressemitteilung

Berlin, den 05.01.2012

Nr. 01/2012

Ausweg aus dem Schuldenstaat - Agenda 2020 notwendig

„Das Jahr 2011 war ein gutes Jahr für die Städte und Gemeinden. Die Kommunen haben von dem Konjunkturaufschwung profitiert. Das hat sich insbesondere bei den steigenden Gewerbesteuererträgen gezeigt. Gleichwohl schließen die Städte und Gemeinden das Jahr 2011 mit einem Defizit von rund drei Milliarden Euro ab. Damit bleibt die Finanzlage vieler Kommunen kritisch. Trotz der guten Entwicklung wuchsen die Sozialkosten – und damit die Ausgaben - auf die Rekordmarke von fast 45 Milliarden Euro weiter an. Diese Entwicklung zeigt, dass ein grundsätzliches Umsteuern notwendig ist“, sagte DStGB-Präsident **Roland Schäfer**, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, auf der Bilanzpressekonferenz heute in Berlin.

Große Sorge bereiten die Kassenkredite, die mit über 44 Milliarden Euro eine neue Rekordhöhe erreicht haben. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass zwischen kommunalen Einnahmen und Ausgaben eine enorme Lücke klafft, erläuterte der Präsident.

„**Wir brauchen eine Agenda 2020, um endlich den Weg aus dem Schuldenstaat zu finden.** Bund, Länder und Kommunen sind in Deutschland mit über zwei Billionen Euro verschuldet. Täglich müssen dafür fast 170 Mio. Euro Zinsen aufgebracht werden. Geld, das für Bildung und für die notwendige Infrastruktur fehlt. Trotz eines guten Wirtschaftswachstums und zurückgehender Arbeitslosigkeit kommen die staatlichen Haushalte nicht ohne immer neue Schulden aus“, sagte Schäfer.

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.225
Telefax 030. 773 07.200

E-Mail: dstgb@dstgb.de
Homepage:
<http://www.dstgb.de>

ViSdP
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied
Dr. Gerd Landsberg
Pressesprecher
Franz-Reinhard Habel

Notwendig sind neue Wege um der Schuldenfalle zu entkommen. Das wird allerdings nicht ohne Einschnitte für alle in diesem Staat gehen. Gerade in der jetzigen Krise haben wir die Chance, unsere Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Die große Mehrheit erwartet von der Politik eine Lösung der Schuldenproblematik. Das zeigt sich z.B. daran, dass die Mehrheit der Bevölkerung Steuerentlastungen ablehnt. Ein Weg könnte z.B. sein, zumindest einen gewissen Teil der Altschulden in einem Fonds zusammenzuführen und gesetzlich festzulegen, dass dieser Betrag aus bestimmten Steuereinnahmen dauerhaft getilgt wird. Überlegenswert ist es auch, den **Solidarbeitrag letztlich nicht abzuschaffen, sondern zum Beispiel für ein Konjunkturprogramm III zu Gunsten der Kommunen zu nutzen und so mehr Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu ermöglichen.**

Insgesamt sollte man ehrlich sein. Die Stabilisierung unseres Sozialstaates, den Weg in die Bildungsrepublik und die notwendigen Investitionen in Wissenschaft und Infrastruktur werden wir nur schaffen, wenn wir **in einer Agenda 2020 die Einnahmen verbessern und die Ausgaben reduzieren, so Präsident Schäfer.**

Bestandteil einer solchen Agenda 2020 muss aus kommunaler Sicht die weitere **Stabilisierung der Gewerbesteuer** z.B. durch Einbeziehung der Freien Berufe sein.

Alle Leistungsgesetze gehören auf den Prüfstand. Es muss im Übrigen der Grundsatz vom **Vorrang für Investitionen in Bildung und Infrastruktur vor höheren Transferleistungen** gelten. So wäre es sinnvoller, auf das geplante Betreuungsgeld zu verzichten und die Kommunen damit beim Ausbau der Kinderbetreuung zu unterstützen.

„Wir als Deutscher Städte- und Gemeindebund sind bereit, unsere Kompetenz bei der Umsetzung einer Agenda 2020 einzubringen, um so sicherzustellen, dass der Sozialstaat zukunftsfest wird und wir die zentralen Herausforderungen wie die Verschuldung, den demografischen Wandel, die Umsetzung der Energiewende und den europäischen Integrationsprozess in Konsens bewältigen können,“ sagte Schäfer abschließend.